



Donnerstag, 24. April 2025, 17:00 Uhr
~18 Minuten Lesezeit

Der sanfte Putschversuch

Eine Neuauflage der „Farbenrevolution“ soll nun auch Serbien an das Einheitsgrau europäischer Werteorientierung anpassen.

von Uwe Froschauer
Foto: AstroStar/Shutterstock.com

*Wie bringt man ein Land möglichst ohne
Blutvergießen unter Kontrolle, um beispielsweise als*

graue Eminenz die Führungsrolle in diesem Land zu übernehmen, störende oder konkurrierende Regionalmächte auszuschalten, Absatzmärkte zu sichern oder die Rohstoffe eines Landes auszubeuten? Die USA haben in diesem Metier die meiste Übung. Neben ihren illegalen Kriegen, die seit 1945 circa 30 Millionen Menschen das Leben gekostet haben, nutzen die USA in jüngerer Zeit zu diesem Zweck sogenannte Farbrevolutionen, eine sanfte Form des Putsches, um einen Regimewechsel herbeizuführen und die Länder gefügig zu machen. Mithilfe ihrer Geheimdienste, verdeckter Operationen, der Finanzierung inländischer und ausländischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs), dubioser Stiftungen und dergleichen putschen die US-Imperialisten andere Staaten, um sie ihrer Vorherrschaft zu unterstellen. Vieles spricht dafür, dass die jüngsten Ereignisse in Serbien hier keine Ausnahme darstellt.

Als Farbrevolutionen werden unbewaffnete, meist friedliche, jedoch nicht immer gewaltfreie Revolutionen seit den frühen 2000er-Jahren bezeichnet, die nach einer identifikationsbildenden Farbe zum Beispiel Wahlfarbe Orange des von den USA und der EU gewünschten Präsidentenanwärters Wiktor Juschtschenko 2004 – oder nach einer positiv anmutenden Pflanze – zum Beispiel Rosenrevolution in Georgien oder Zedernrevolution in Libanon – benannt werden.

Der „sanfte“ Putschversuch in Serbien

Momentan steht insbesondere Serbien im Fokus der Farbrevolutionäre. Insbesondere von den USA finanzierte NGOs organisieren die Proteste in Serbien. Die Protestwellen in Serbien reißen nicht ab. Auslöser hierfür war der Einsturz eines Bahnhofsvordachs in der Stadt Novi Sad am 1. November 2024, bei dem 16 Menschen den Tod fanden. Die Demonstranten werfen der Regierung vor, mit Rücksicht auf China Schlamperei und Korruption vertuschen zu wollen. Chinesische Firmen renovierten den Bahnhof, der einen wichtigen Brückenkopf in der chinesischen Initiative „Neue Seidenstraße“ bildet.

Die Behörden griffen am Anfang der Protestwelle hart durch und inhaftierten unter anderem prominente Demonstranten wie den früheren Vizepräsidenten der Region Vojvodina. Am 22. November 2024 wandten mutmaßlich regierungsnaher Schlägertrupps körperliche Gewalt gegen Studierende an, die sich vor der Fakultät für darstellende Künste an der Universität Belgrad versammelt hatten, um der Opfer der Bahnhofskatastrophe zu gedenken. Dieser Vorfall löste eine flächendeckende Welle von Studentenprotesten in Serbien aus. Viele Fakultäten und Schulen wurden blockiert, immer mehr Studierende und Schüler sowie Lehrkräfte schlossen sich dem Protest an.

Am 22. Dezember 2024 demonstrierten Zigtausende Serben in der Hauptstadt Belgrad friedlich gegen die Regierung. Angeblich waren mehr Menschen auf der Straße als seinerzeit bei den Protesten im Oktober 2000, die zum Ende der Herrschaft des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević führten.

Der derzeitige serbische Präsident Aleksandar Vučić erklärte sich „jederzeit bereit“, sich die Meinungen der Protestierenden anzuhören. Bildungsministerin Slavica Đukić Dejanović erklärte am

24. Dezember 2024, sich mit Vertretern der Studierenden zu Gesprächen treffen zu wollen, und sagte überdies, die Proteste seien „Teil eines geplanten Programms politischer Gruppierungen“, die einen „Regierungswechsel“ anstrebten. Und ganz danach sieht es auch aus.

Die Ereignisse in Serbien erinnern doch sehr an die Farbrevolutionen seit 2000 und den Euromaidan 2014.

Am 24. Dezember 2024 versuchten oppositionelle Demonstranten, ins Belgrader Rathaus einzudringen, wurden jedoch von der Polizei mithilfe von Pfefferspray daran gehindert. Unter dem Druck der seit Monaten anhaltenden Proteste trat der serbische Premierminister Miloš Vučević, Mitglied der regierenden Serbischen Fortschrittspartei (SNS) und enger Vertrauter von Präsident Aleksandar Vučić, am 28. Januar 2025 zurück. Auf einer Pressekonferenz in Belgrad sagte Vučević:

„Ich denke, dass wir damit unsere Verantwortung zum Ausdruck bringen als diejenigen, die in Positionen gewählt wurden, um Verantwortung dafür zu übernehmen, dass die Situation nicht auf die Straße übergreift und zu Streitigkeiten zwischen den Bürgern und zu Spaltungen in der Gesellschaft führt.“

Solche Aktionen und Worte hätte ich auch gerne von den Entscheidern in Deutschland gesehen und gehört, die Demonstranten in der Coronazeit, welche das Grundgesetz in ihren Händen hochhielten, zu Boden reißen ließen. Die machtbesessenen Niete in Deutschland kleben alle noch auf ihren Stühlen und sehen keine Veranlassung, Verantwortung für ihre Fehlritte zu übernehmen.

Die Massendemonstrationen weiter Teile der Bevölkerung gegen Aleksandar Vučić gingen weiter. Am 15. Und 16. März 2025 versammelten sich Hunderttausende Demonstranten zu Protesten

gegen den serbischen Präsidenten. Die bei bisherigen Demonstrationen meist friedlich verlaufende Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und Ordnungsorganen gestaltete sich diesmal anders. Am 15. März kam es laut Teilnehmern zum Einsatz von Pfefferspray und Steinwürfen sowie durch den – von der Regierung dementierten – Einsatz einer Schallkanone, um Demonstranten auseinanderzutreiben.

Der Rücktritt des Premierministers Vučević reicht den Demonstranten nicht. Sie wollen dem Präsidenten Aleksandar Vučić ans Leder, der das Ausmaß des Widerstands scheinbar falsch eingeschätzt hat und ernsthaft unter Druck geraten ist. Es wird bereits mit seinem Rücktritt spekuliert.

Mittlerweile geht es in Serbien längst nicht mehr – und ging es vermutlich nie – um das eingestürzte Bahnhofsdach in Novi Sad. Dieses Unglück steht aus Sicht der protestierenden Studenten symptomatisch für das kaputte demokratische System in Serbien.

Die Studenten mögen glauben, dass diese Proteste ausschließlich aus berechtigtem Unmut und freiem Willen entstanden sind. Nun, das glaube ich nicht: Ich denke, diese Proteste wurden von langer Hand vorbereitet.

Otpor und CANVAS

Otpor wurde in den 1990er-Jahren unter anderem von Srđan Popović in Serbien gegründet, und bedeutet Widerstand. Otpor war eine von 1998 bis 2004 bestehende serbische Organisation, die ab 2000 auch als Partei, allerdings ohne großen Wahlerfolg – 2003: 1,6 Prozent der Stimmen –, auftrat. Otpor spielte eine maßgebliche Rolle bei den Protesten nach der serbischen Präsidentschaftswahl 2000 und dem Sturz des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević.

Danach leistete Otpor Unterstützung für oppositionelle Gruppen bei politischen Umwälzungen durch sogenannte Farbrevolutionen, insbesondere in Nachfolgestaaten der Sowjetunion wie zum Beispiel in der Ukraine – Orange Revolution 2004 und Euromaidan 2014 – und Georgien – Rosenrevolution 2003 –, aber auch bei den Revolutionen des arabischen Frühlings Anfang der 2010er-Jahre, insbesondere in Ägypten und Tunesien.

Nach der Auflösung von Otpor bildeten ehemalige Aktivisten das „Center for Applied Nonviolent Action and Strategies (CANVAS)“, das Oppositionsgruppen in aller Welt, insbesondere im Nahen Osten und Nordafrika schulte, wie zum Beispiel die ägyptische „Jugendbewegung des 6. Aprils“, eine der Initiatoren der Revolution von 2011.

Die geballte Faust – das grafische Symbol von Otpor – diente „als Symbol der Bewegung zum Identifikationszeichen der demokratisch orientierten Jugendlichen in Serbien“. Als geistiger Vater dieser Bewegung kann der US-amerikanische Politikwissenschaftler und Gründer der Albert Einstein Institution, Gene Sharp, gesehen werden, der sich vor allem mit Studien zur Verbreitung von gewaltfreien Aktionen beschäftigte. Mit Büchern wie „The Politics of Nonviolent Action“ (1973) und „Von der Diktatur zur Demokratie. Ein Leitfaden für die Befreiung“ (2008) sowie preisgekrönten Dokumentarfilmen wie „How to start a revolution“ (2011) erregte Sharp viel Aufsehen in der Öffentlichkeit. 2012 bekam Sharp den alternativen Nobelpreis verliehen.

CANVAS möchte in Ländern, deren politische Führungen aus westlicher Sicht autoritär oder diktatorisch regieren, freie Wahlen durch strukturierte, durchdachte, friedliche Revolutionen ermöglichen und auf diese Weise demokratisch legitimierte Regierungen installieren. Das klingt erst einmal sehr positiv. Aber nicht alles ist Gold, was glänzt, wie beispielsweise die Wahlen in Rumänien gezeigt haben.

Eine „sanfte“ Revolution läuft in der Regel in folgenden Phasen ab:

- Gründung oder Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im zu revolutionierenden Land, die mit medial spektakulären „Widerstandsaktionen“ im Ausland auf sich aufmerksam machen und das Bedürfnis nach moralischer Überlegenheit bei „Gutmenschen“ ansprechen.
- Entwicklung von Symbolen mit Wiedererkennungswert: Rosen, Tulpen, Zedern, die Farbe Orange und so weiter.
- Infragestellen eines demokratischen Wahlverlaufs: Das war zuletzt bei der Wahl in Rumänien wegen angeblicher Einmischung Russlands beobachtbar, bei der im Nachhinein keine Unregelmäßigkeiten festgestellt werden konnten, aber der – lediglich aus „wertegeleiteter“ EU-Sicht – „falsche“ und russlandfreundliche Kandidat Călin Georgescu den ersten Wahlgang gewonnen hatte. Daraufhin erwirkte die EU die Annullierung der Wahl. Grundsätzlich wird in dieser Phase eine Behinderung der Opposition im Wahlkampf unterstellt und auf diese medial flächendeckend und einseitig zugunsten der Opposition in der westlichen Welt hingewiesen. Die angeblich demokratische Opposition wird verherrlicht, die bestehende Regierung diffamiert und diskreditiert, und deren Führende werden teilweise auch dämonisiert – siehe Wladimir Putin. Spätestens in dieser Phase einer sanften Revolution müssten eigentlich den meisten Zeitgenossen die Tomaten von den Augen kullern, um zu erkennen, was in Serbien gespielt wird.
- Es folgen unmittelbar nach der Wahl gut organisierte und geplante, medial wirksame und friedliche Bürgerproteste und Kundgebungen – im Sinne von Gene Sharp.
- Aus Sicht der „Revolutionäre“ wird dieser hoffentlich nach wie vor friedlich verlaufende Reigen optimalerweise abgeschlossen durch Neuwahlen, die der ehemalige EU-Kommissar, Antidemokrat und Politikasperl Thierry Breton – der die Manipulation der Wahl in Rumänien durch die EU indirekt zugab – auch für Deutschland nicht ausschloss, hätte die AfD die Oberhand gewonnen. So viel zur Demokratie in der EU, die doch sehr an Faschismus erinnert.

Finanziert wurden die Aktivitäten von Otpor beziehungsweise CANVAS teilweise verdeckt und teilweise offen, beispielsweise durch

Institutionen wie das vornehmlich vom Außenministerium alimentierte Institut „National Endowment for Democracy“ (NED), die „United States Agency for International Development“ (USAID), das „National Democratic Institute“ (NDI) von den US-Demokraten, einst geführt von der mittlerweile verstorbenen Ex-US-Außenministerin Madeleine Albright, die 500.000 tote Kinder im Irak ganz okay fand, das „Freedom House“ in Washington, das „Committee on the Present Danger“ (CPD) und, nicht zu vergessen, das „Open Society Institute“ von George Soros, der weltweit seine Finger im politischen Spiel hat.

Sie sehen schon, werte Leserinnen und Leser, lauter Finanziere, welche die Demokratie-Vorstellung der imperialistischen Macht USA weltweit verbreiten wollen – so auch in Serbien. Es bleibt zu hoffen, dass US-Präsident Donald Trump auch weiterhin bei einigen dieser „demokratischen“ NGOs aufräumt oder zumindest den Rotstift ansetzt.

Wenn Sie mehr über Otpor, CANVAS, Farbrevolutionen und dergleichen wissen wollen, empfehle ich Ihnen folgendes aufschlussreiche **Video** (<https://www.youtube.com/watch?v=eDoxDqKeYi4>) vom ORF2:.

In einem Interview mit Donald Trump Junior, dem Sohn des US-Präsidenten, am 12. März 2025 in Belgrad erklärte Vučić, dass NGOs die Proteste in Serbien organisieren würden und aus den USA finanziert worden wären, insbesondere durch USAID und die National Endowment for Democracy. Zu Donald Trump Junior sagte er:

„Stellen Sie sich vor, all diese NGOs, die an der Organisation dieser Ereignisse beteiligt waren, wurden aus den Vereinigten Staaten bezahlt – von USAID, dem National Endowment for Democracy und weiteren Organisationen. Und ich behaupte nicht, dass sie dieses Geld nur dafür genutzt haben. Sie haben es für alles genutzt – aber auch

dafür.“

„Diese Organisationen unterstützen stets eine anarcho-liberale, vermeintlich grüne Agenda und richten sich gegen souveräne Führer. Sie mischen sich aktiv in Wahlen ein und finanzieren regierungskritische Medien.“

Überdies betonte Vučić:

„Wir verfolgen eine unabhängige Außenpolitik und lassen uns nicht fremdbestimmen. Doch manche erwarten, dass wir uns der EU zu 100 Prozent anpassen. Meine Frage bleibt: Wozu brauchen wir dann eine eigene Regierung?“

Er bezeichnete die aktuellen Proteste als Versuch einer „importierten Farbrevolution“ und verwies auf Parallelen zu ähnlichen Entwicklungen weltweit. „Es ist nicht einfach, aber wir sind auf dem richtigen Weg, uns dagegen zu behaupten,“ so **Vučić** (<https://weltwoche.ch/daily/wir-lassen-uns-nicht-fremdbestimmen-serbiens-praesident-vucic-im-gespraech-mit-trump-junior-ueber-ngos-und-die-eu/>).

Präsident Vučić sieht diesen Entwicklungen verständlicherweise nicht tatenlos zu. Unter dem Druck der seit Monaten andauernden Proteste gegen seine Regierung hat Vučić am Abend des 12. April 2025 eine „Gegendemonstration“ in Belgrad mit Zehntausenden, angeblich vom Staat bezahlten Anhängern organisiert.

Er avisierte in seiner Rede vor dem Parlamentsgebäude in Belgrad die Gründung einer neuen politischen „Bewegung“, die seine Regierung unterstützen solle. Er versucht, Feuer mit Feuer zu bekämpfen.

Aleksandar Vučić passt nicht in das pseudodemokratische Weltbild

Deswegen wollen die ach so demokratische EU und andere „wertegeleitete“ westliche Kräfte den demokratisch gewählten serbischen Präsidenten loswerden. Er besitzt zwei Eigenschaften, die nicht in die neue bellizistische Weltanschauung der EU, die 2012 den Friedensnobelpreis verliehen bekam, passen: Vučić ist Pazifist – und er kann auch gut mit Russland.

In einem Interview mit der *Weltwoche* am 9. Juni 2024 antwortete Vučić auf die Frage, wie nah die Welt an einem Dritten Weltkrieg wäre, unter anderem:

„Ich glaube, wir sind nicht weit davon entfernt, nicht mehr als drei, vier Monate, und es besteht die Gefahr, dass es sogar schon vorher passiert. Wo stehst du in diesem ganzen Wahnsinn, wo steht Serbien in diesem Konflikt? Wir werden Frieden, Stabilität und Ruhe in der Region und in unserem Land bewahren. Der Zug hat den Bahnhof verlassen und ist nicht zu stoppen. Es sieht so aus, und ich glaube, wir nähern uns den letzten möglichen Tagen für Überdenkung und Neubewertung der Ukraine-Situation, wenn diese Großmächte untätig bleiben. (...) Alle sprechen nur über Krieg, niemand strebt Frieden an, niemand spricht vom Frieden. Frieden ist fast ein Tabuwort ...“

Allein diese Aussagen qualifizieren den serbischen Präsidenten weitaus mehr für sein Amt als die bellizistischen europäischen Spitzenmarionetten wie Ursula von der Leyen, Friedrich Merz, Emmanuel Macron, Keir Starmer, Donald Tusk und die anderen Kriegstreiber für die ihrigen, die nach wie vor Öl auf das ukrainische Feuer mittels weiterer Waffenlieferungen gießen, während die USA und Russland versuchen, das Feuer zu löschen. Alle Kriegstreiber sind in meinen Augen Verbrecher und gehören dahin, wo

Verbrecher hingehören: vor Gericht und bei erwiesener Schuld ins Gefängnis.

Der EU-Beitrittsprozess Serbiens stockt auch deswegen, weil Belgrad weiterhin enge Wirtschaftsbeziehungen zu Russland pflegt und sich den Sanktionen gegen Moskau nicht anschließt.

Das liegt möglicherweise am gesunden Menschenverstand von Aleksandar Vučić – den unsere europäischen sowie die deutschen grünen und schwarzen Kriegstreiber bereits abgegeben haben, ebenso wie ihr Gedächtnis, das sich nicht mehr an die Worte „Nie wieder Krieg“ erinnert.

Pazifistische Politiker wie Aleksandar Vučić, Victor Orbán oder Robert Fico sind in meinen Augen nicht schief gewickelt, sondern antidemokratische Institutionen wie die bellizistische EU, der andersdenkende Menschen ein Dorn im Auge sind.

Orange Revolution (2004) und Euromaidan (2014) in der Ukraine

Die Orange Revolution in Kiew wurde im Herbst 2004 durch eine Serie aus Protesten und Demonstrationen sowie durch einen geplanten Generalstreik in der Ukraine herbeigeführt. Auslöser war die Präsidentschaftswahl in der Ukraine 2004, bei welcher von beiden Seiten Wahlfälschungen der jeweiligen Gegenseite vorgeworfen wurden. Die Proteste steuerten die Anhänger des Präsidentenanwärters Wiktor Juschtschenko, dessen Wahlfarbe Orange war. Als Kandidat der Opposition „Unsere Ukraine“ unterlag er dem von Russland priorisierten Wiktor Janukowytch der „Partei der Regionen“. Aufgrund der gesteuerten Proteste wurde die ursprüngliche Stichwahl vom Obersten Gericht der Ukraine für

ungültig erklärt – wie eben auch in Rumänien 2024 – und eine Wiederholung angeordnet, bei welcher der von westlicher Seite gewünschte Kandidat Wiktor Juschtschenko im Dezember 2004 gewann.

Die Proteste in Belarus (Weißrussland) 2006 nach dem Vorbild der Orangen Revolution in der Ukraine dagegen scheiterten, ebenso wie ein Mordversuch am weißrussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka.

Ende November 2013 bis Februar 2014 vollzog sich dann der „Euromaidan“ in der Ukraine, bei dem es erneut zu einem von den USA inszenierten Bürgeraufstand kam. Teils bezahlte Demonstranten wurden scharenweise mit Bussen nach Kiew gekarrt – wie es auch zurzeit in Belgrad der Fall ist: Auch in Belgrad nisten sich bezahlte Demonstranten in Zeltlagern ein, wie 2014 in Kiew beim Euromaidan.

Das Ergebnis war und ist ein gespaltenes Land, auf dessen Gebiet der Wertewesten, einst angeführt von der „demokratischen“ US-Politmarionette Joe Biden, Krieg gegen Russland führt, um möglichst auch in Moskau einen Regimewechsel zu bewirken. Der Euromaidan, dieser von den USA inszenierte Staatsstreich gegen einen gewählten Präsidenten, löste den Ukrainekrieg aus, der nicht erst am 24. Februar 2022, sondern mit dem Maidanputsch in Kiew begann. Seitdem führen die USA in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg – notfalls bis zum letzten Ukrainer –, den Donald Trump jetzt beenden möchte. Seiner Meinung nach reicht es mit dem Blutvergießen. Dieser Meinung sind die europäischen Kriegstreiber jedoch nicht.

Auslöser für den Euromaidan war die überraschende Erklärung der ukrainischen, russlandfreundlichen Regierung im November 2013, das geplante Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union nicht unterzeichnen zu wollen. Das passte den USA und der EU

natürlich gar nicht in den Kram. Also wurde die russlandfreundliche Regierung geputscht und durch eine USA-freundliche ersetzt. Die aufgehetzten und aufgebrachten Demonstranten forderten die Amtsenthebung des russlandfreundlichen Präsidenten Wiktor Janukowytsch, vorzeitige Präsidentschaftswahlen sowie die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union.

Im Gegensatz zur unblutigen Orangen Revolution 2004 forderte der Euromaidan mehr als 100 Todesopfer.

Janukowytsch flüchtete, er wurde für abgesetzt erklärt; Oleksandr Turtschynows wurde zum Übergangspräsidenten ernannt und mit der Bildung einer Übergangsregierung unter Arsenij Jazenjuk beauftragt.

Rosenrevolution in Georgien 2003

Die Rosenrevolution, die im November 2003 in Georgien stattgefunden hatte, führte zum Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadse, der seit 1992 das Land regierte. Der Begriff Rosenrevolution wurde einem Zitat des ersten georgischen Präsidenten Swiad Gamsachurdia nach dem Sowjetregime entlehnt: „Wir werden Rosen statt Kugeln auf unsere Feinde werfen.“ Gamsachurdia hielt sich jedoch aufgrund seiner autoritären Haltung – von wegen „Rosen“! – nicht lange und wurde durch einen Militärputsch bereits im Dezember 1991 aus dem Amt gejagt.

Die der Korruption und Clanwirtschaft beschuldigte Regierung unter Eduard Schewardnadse führte Kredite der Weltbank, der USA und der EU hauptsächlich sich selbst zu. Georgien blieb eines der ärmsten Länder der Welt. Zudem war Georgien nach jahrelangem Bürgerkrieg innerlich gespalten. Die autonomen Republiken

Adscharien und Abchasien sowie das autonome Territorium Südossetien entwickelten sich unter der Herrschaft von Schewardnadse zu Diktaturen, die von Diktatoren beherrscht wurden, die sich keiner Wahl stellten.

In den Parlamentswahlen am 2. November 2003 traten zwei starke Oppositionsbündnisse, die „Vereinte Nationale Bewegung“ unter Führung des früheren Justizministers Micheil Saakaschwili und die „Burdschanadse-Demokraten“ unter Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse, gegen das Wahlbündnis des Präsidenten „Für ein neues Georgien“ und die „Union für Demokratische Wiedergeburt“ des adscharischen, muslimisch-georgischen Machthabers Asian Abaschidse an.

Am 2. November 2003 wurden angeblich gefälschte Wahlen zum georgischen Parlament abgehalten, die Schewardnadse zum Sieger kürten. Micheil Saakaschwili erklärte sich auf der Grundlage von Nachwahlbefragungen zum Wahlsieger und rief zum zivilen Ungehorsam gegen Schewardnadse auf. Die zwei großen Oppositionsbündnisse schlossen sich zusammen, verlangten die Absetzung Schewardnadses und eine Wiederholung der Wahl.

Saakaschwili konnte in Westgeorgien rund 30.000 Menschen überzeugen, nach Tiflis zu kommen. Mitte November 2003 begannen gegen die Schewardnadse-Regierung gerichtete Demonstrationen in Tiflis, die sich rasch auf andere Städte ausbreiteten. Adschariens Machthaber Abaschidse unterstützte Schewardnadse und organisierte eine Gegendemonstration in Tiflis, für die er Tausende seiner Anhänger mobilisieren konnte.

Am 22. November 2003, dem Tag der konstituierenden Sitzung des als illegitim angesehenen Parlaments, kam dann der Machtwechsel. Mit Rosen in den Händen stürmten Oppositionsanhänger unter der Führung Saakaschwilis das Parlamentsgebäude, drangen in den Plenarsaal ein und unterbrachen die Eröffnungsrede Präsident

Schewardnadses. Saakaschwili rief Schewardnadse zu: „Treten Sie zurück!“

Nach einem Handgemenge flüchtete der Präsident, erklärte den Ausnahmezustand und begann, in seiner Residenz Truppen und Polizeieinheiten zu mobilisieren. Doch die Elitetruppen verweigerten Schewardnadse den Gehorsam. Einen Tag später, am Abend des 23. November, traf sich der noch amtierende Präsident mit den Oppositionsführern Saakaschwili und Schwania, um zu verhandeln, mit dem Ergebnis des Rücktritts Schewardnadses. Tino Burdschanadse wurde Übergangspräsidentin, Micheil Saakaschwili am 4. Januar bei den Neuwahlen mit einem überwältigenden Wahlsieg zum Präsidenten gewählt und bereits am 25. Januar in sein Amt eingeführt.

Detaillierte Informationen zur Rosenrevolution in Georgien finden Sie **hier**

https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/43994/ssoar-2005-kuchholz-Die_Rosenrevolution_in_Georgien_Ausdruck.pdf?sequence=1

Tulpenrevolution in Kirgistan

Mit dem Begriff Tulpenrevolution wird die nicht gewaltfreie Rebellion in Kirgisistan im März 2005 bezeichnet. Der Name leitet sich von einem Symbol der Opposition, der Gebirgstulpe, ab. Erklärtes Ziel der Revolution war der Rücktritt des angeblich zunehmend diktatorisch regierenden Präsidenten Askar Akajew, der seit 1991 das Zepter in der einstigen Sowjetrepublik Kirgisien schwang.

Gemeinsam mit der Farbrevolution in Georgien und der Ukraine hatte die kirgisische Tulpenrevolution dazu

geführt, dass auch die kirgisische Opposition gegen den angeblichen Wahlbetrug der Regierungspartei zwecks Sicherung des Machterhalts protestierte. Nach den Parlamentswahlen am 27. Februar 2005 kam es zu Unruhen.

Im südlichen Dschalal-Abad versammelten sich am 15. März Tausende Oppositionelle zu einem „Volkskongress“ mit dem Ziel der Errichtung einer neuen Regierung, bei der unter anderen der Oppositionsführer und spätere Präsident Kurmanbek Bakijew, anwesend war. Einige Tage später lieferten sich Demonstranten in der Hauptstadt Bischkek Kämpfe mit der Polizei und Sicherheitskräften. Die Erstürmung des „Weißen Hauses“ – *nomen est omen* – in Bischkek zwang den Präsidenten Akajew zur Flucht mit dem Helikopter. Akajew setzte sich zunächst nach Kasachstan und später nach Russland ab. Akajew und seine Regierung traten unter dem Druck der Demonstrationen am 24. März 2005 zurück. Bakijew wurde Übergangspräsident und bei der erneuten Präsidentschaftswahl am 10. Juli 2005 im Amt bestätigt. Felix Kulow wurde Regierungschef. 2010 musste auch Bakijew aus seinem heruntergewirtschafteten Land wegen eines blutigen Umsturzes – mehr als 70 Tote und 1.000 Verletzte – fliehen.

Wie in den anderen Farbrevolutionen auch, ging es in Kirgisien weniger um Demokratie als um Hegemonie. Der Massenaufstand erschütterte eine ebenso unruhige wie strategisch wichtige Region, an der drei Großmächte interessiert waren und vermutlich noch sind: USA, Russland und China. Sowohl Russland als auch die USA unterhielten Militärbasen in Kirgisien. Erst im Juli 2014 wurde mit dem Stützpunkt Manas im Norden Kirgistan die letzte US-Militärbasis in der Region geschlossen. Der Luftwaffenstützpunkt Manas in der Nähe der Hauptstadt Bischkek wurde von den Amerikanern seit 2002 genutzt. Für die NATO-Truppen in Afghanistan war er eine wichtige Nachschubroute. Vor allem aber war er der letzte Vorposten der USA in Zentralasien.

Auch Russland wollte seinen Einfluss in Zentralasien stärken. Der russische Luftwaffenstützpunkt Kant wurde 2003 eröffnet. Moskau bemühte sich, die USA aus der ehemaligen Sowjetrepublik zu drängen, und sicherte Bakijew Finanzhilfen in Höhe von zwei Milliarden Dollar zu, erwartete jedoch im Gegenzug die Schließung der US-amerikanischen Basis Manas. Das geschah jedoch nicht, sondern lediglich eine Vervielfachung der Jahrespacht für den Stützpunkt auf 60 Millionen Dollar. Beide Großmächte, die USA und Russland, waren verständlicherweise nicht gerade begeistert von Bakijews Machenschaften.

Fazit

Revolutionen kommen mir vor wie ein Kommen und Gehen von immer gleichen Mechanismen, egal mit welcher Farbe man diese „Umwälzungen“ auch anstreicht. Die Frage ist: Was hat sich wirklich geändert bei Revolutionen, wenn man sie einmal einer historischen Analyse unterzieht?

Oftmals vollzieht sich nur ein Wechsel von Despoten, die sich bei Machtübernahme noch als volksnah oder gar demokratisch gaben, dann aber in ihrer Machtbesessenheit in die gleichen Mustern verfielen wie ihre Vorgänger. Der von den westlichen Medien zu einem Freiheitskämpfer für Demokratie stilisierte Wolodymyr Selenskyj, der keine Opposition in der faschistisch unterwanderten Ukraine leben lässt, ist ein eindringliches Beispiel für eine despotische Politmarionette des „Wertewestens“.

Die einzige Revolution, die tatsächlich fruchtet, ist in meinen Augen die Revolution im eigenen Denken. Betreutes Denken wird die Welt nicht verbessern, sehr wohl aber Menschen, die beginnen, ihren Verstand zu nutzen. Und das sind in meinen Augen noch zu wenige.

„Wir sind die Revolution! Um die Revolution der Gewalt, der materiellen Kräfte und der Diktatur zu vermeiden, müssen wir die Revolution sein, die innere, geistige, moralische, wirklich menschliche Revolution, die den Einzelnen, die Familie, das Unternehmen und das ganze menschliche Gemeinschaftsleben von innen heraus umgestaltet“ (Joseph Cardijn).



Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaege.com** (<https://wassersaege.com/>). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.